

Dicke, Hugo; Rodemer, Horst

**Article — Digitized Version**

## Parafiskalische Landwirtschaftspolitik: Die Folge des Protektionismus auf dem Milchmarkt

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Dicke, Hugo; Rodemer, Horst (1970) : Parafiskalische Landwirtschaftspolitik: Die Folge des Protektionismus auf dem Milchmarkt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 3, pp. 195-199

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134101>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Parafiskalische Landwirtschaftspolitik

### Die Folgen des Protektionismus auf dem Milchmarkt

Dr. Hugo Dicke und Horst Rodemer, Kiel

**Das Überschußproblem in der europäischen Landwirtschaft ist nach wie vor ungelöst. Wissenschaftler und Praktiker suchen nach dem geeigneten Ausweg. Einer Möglichkeit, Produktion und Nachfrage in Einklang zu bringen und den finanziellen Aufwand der öffentlichen Hand zu verringern. Aber nahezu alle Verbesserungsvorschläge nehmen den einmal eingeschlagenen Protektionskurs als unveränderlich hin. Die Senkung der staatlich garantierten Mindestpreise steht nicht zur Diskussion, viel weniger noch das Bekenntnis zu einer konsequenten Strukturpolitik. Der WD möchte mit dem folgenden Beitrag die Schwierigkeiten einer Landwirtschaftspolitik verdeutlichen, deren Aktionspielraum immer geringer wird.**

**Z**ur Beseitigung der Überschüsse auf dem Milchmarkt standen zunächst verschiedene Kontingentierungssysteme zur Debatte. Aber diese Systeme zielen darauf ab, das bisherige Milchpreisniveau zu erhalten oder sogar noch anzuheben. Hierzu bieten sich grundsätzlich zwei Möglichkeiten an:

- Kontingentierung der Produktionsfaktoren im landwirtschaftlichen Betrieb,
- Kontingentierung der Angebotsmengen von Rohmilch an die Molkereien.

Gegen die Einführung solcher Systeme sprechen insbesondere folgende Nachteile <sup>1)</sup>:

- Für die entsprechenden Kontrollmaßnahmen, die zumindest den größten Mißbrauch ausschließen, müßte ein sehr hoher Verwaltungsaufwand in Kauf genommen werden.
- Der sich seit Jahren vollziehende Wandel in der Standort- und Bestandsgrößenstruktur würde erheblich gehemmt werden.
- Jede Form der Milchkontingentierung würde sowohl innerhalb der gesamten Agrarbevölkerung als auch bei den Milcherzeugern schwerwiegende Änderungen der Einkommensrelationen herbei-

führen. Alle Betriebe, die keine oder, gemessen an ihrem Produktionsprogramm, relativ wenig Milch produzieren, würden gegenüber den Milch bzw. relativ viel Milch produzierenden Betrieben benachteiligt. Zudem würden die relativ kapitalintensiven landwirtschaftlichen Betriebe von einer derartigen administrativen Einschränkung der Milchproduktion erheblich härter betroffen werden als die arbeitsintensiven Betriebe.

#### Parafiskalische Maßnahmen

Aus diesen Gründen wurden die Kontingentierungssysteme zumindest von wissenschaftlicher Seite fast einhellig abgelehnt. An ihrer Stelle sind die parafiskalischen Lösungsversuche in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt.

Die parafiskalischen Maßnahmen sehen vor, durch Erhebung von Abgaben zugunsten öffentlich rechtlicher Fonds die Milcherzeuger in der EWG an der Bewältigung der Schwierigkeiten auf dem EWG-Milchmarkt zu beteiligen. Diese Abgaben haben deshalb einen parafiskalischen Charakter, weil sie nicht einer politischen Gemeinschaft wie Staat, Provinz oder Gemeinde zur Erfüllung ihrer allgemeinen Aufgaben zufließen. Sie werden ausschließlich von bestimmten Personen- oder Unternehmensgruppen zur (teilweisen) Speisung öffentlich-rechtlicher Fonds erhoben, um bestimmte wirtschaftliche oder soziale Ziele, die

<sup>1)</sup> Eine ausführliche Darstellung der Probleme der „Milchkontingentierung“ findet sich bei H. Rodemer und A. Röckseisen: Die Kontingentierung als Instrument der administrativen Regulierung des Milchangebots. In: Agrarwirtschaft, 18. Jg. (1969), H. 4, S. 127 ff.

im Interesse dieser Personen- oder Unternehmensgruppen liegen, realisieren zu können<sup>2)</sup>).

Folgende drei Konzeptionen wurden in jüngster Zeit zur Diskussion gestellt:

- Die „Globalkontingentierung“
- Die „Differentialrentenabschöpfung“
- Die „Interventionsproduktenabgabe“

Die sogenannte Globalkontingentierung<sup>3)</sup> wurde dem Ministerrat der EWG vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vorgeschlagen. Durch sie sollen die schwerwiegenden Nachteile von „echten“ Kontingentierungssystemen vermieden werden.

#### Globalkontingentierung

Das Konzept des BML sieht im einzelnen vor, in Höhe der Rohmilchlieferrung an die Molkereien während einer Referenzperiode ein „EWG-Globalkontingent“ festzulegen. Überschreitet die Rohmilchanlieferung in dem der Referenzperiode folgenden Wirtschaftsjahr das „Globalkontingent“, wird von der insgesamt in der Gemeinschaft angelieferten Rohmilch eine einheitliche Abgabe erhoben. Mit dieser Abgabe soll die Vernichtung der über das „Globalkontingent“ hinausgehenden Anlieferung zumindest teilweise finanziert werden.

Gegenüber den Kontingentierungssystemen hätte die „Globalkontingentierung“ insbesondere den Vorteil, daß die Gefahr des zunehmenden Direktabsatzes an Handel und Verbraucher unter Umgehung der Molkereien relativ gering ist; denn die geplante Abgabe ist mit 0,9 Pf je kg Rohmilch so niedrig bemessen, daß sich das Verhältnis von Produktpreisen (für Milcherzeugnisse, insbesondere Trinkmilch) und dem Auszahlungsniveau (den Rohmilchpreisen) der Molkereien gegenüber dem bisherigen Zustand nicht nennenswert verschiebt.

Da die Höhe des „Globalkontingents“ nach der bisherigen Rohmilchlieferrung bemessen werden soll – also die bereits gegebene strukturelle Überproduktion mit einschließt – sieht das Bun-

<sup>2)</sup> Vgl. Jean van Houtte: Impôts et parafiscalité (Conférence du Centre d'études bancaires, Oktober 1954, Nr. 51), zitiert nach A. Magain und G. Coppée: Staatshaushalt und Finanzsystem Belgiens. In: Handbuch der Finanzwirtschaft, 3. Bd., zweite völlig neu bearbeitete Auflage, Hrg. Wilhelm Gerloff und Fritz Neumark, Tübingen 1958, S. 284.

*Dr. Hugo Dicke, 28, Dipl.-Landw., und Horst Rodemer, 31, Dipl.-Kfm., sind Assistenten am Institut für Betriebswirtschaft und Marktforschung der Bundesanstalt für Milchforschung in Kiel. Beide Autoren beschäftigen sich vorwiegend mit agrarpolitischen Fragen.*

desernährungsministerium die Zahlung einer Abschlachtprämie<sup>4)</sup> an diejenigen Landwirte vor, die zur Aufgabe der Milchproduktion bereit sind. Das „Globalkontingent“ des nächstfolgenden Milchwirtschaftsjahres soll dann um die Menge gekürzt werden, die der Milchleistung derjenigen geschlachteten Kuhbestände entspricht, für die im vergangenen Wirtschaftsjahr Prämien gezahlt worden sind.

Ob allerdings die geplante Abgabe in Höhe von 0,9 Pf je kg Anlieferungsmilch genügt, um einen nennenswerten Beitrag zum Erreichen des Marktgleichgewichts zu leisten, muß stark angezweifelt werden. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei darauf hingewiesen, daß die Verfasser keineswegs die augenblickliche vollständige Aufgabe des Interventionssystems auf dem Milchmarkt befürworten. Sie sind jedoch der Ansicht, daß dieser erste Schritt zur Beseitigung der Schwierigkeiten auf dem Milchmarkt zu gering bemessen ist.

Soweit diese Konzeption darauf zielt, die Inanspruchnahme der öffentlichen Hand für die Überschußvernichtung zu vermindern und die Erlöse der Milcherzeuger zu senken, also die Milcherzeuger zu einer Angebotsreduzierung zu veranlassen, ist sie zu begrüßen.

#### Schwerwiegende Nachteile

Gegenüber einer offenen, mit sozial-, struktur- und regionalpolitischen Maßnahmen einhergehenden Preissenkung weist die „Globalkontingentierung“ jedoch schwerwiegende Nachteile auf:

Die Befürworter der „Globalkontingentierung“ zielen über die Erlösschmälerungen einseitig auf eine Angebotsreaktion der milcherzeugenden Landwirte ab. Sie verzichten darauf, durch Änderung des Preisniveaus für Milcherzeugnisse auch eine verbrauchsstimulierende Wirkung zu erzielen.

Da die technische Ausgestaltung die milcherzeugenden Landwirte nur unzureichend über den Charakter dieser Maßnahme informiert, kann wegen ihrer relativ geringen Höhe keine nennenswerte Verhaltensänderung der Milcherzeuger erwartet werden; denn gerade der wesentliche Vorzug einer verhältnismäßig geringen Preissenkung – nämlich ihre Signalwirkung – wird bei der „Globalkontingentierung“ als einer „versteckten Preissenkung“ kaum wirksam.

Da unabhängig von der Vorteilhaftigkeit des Produktionsprogramms einer Molkerei die Abgabe

<sup>3)</sup> Vgl. Vorschläge des BML zur Beseitigung der Milchüberschüsse in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft; hrg. v. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, als Manuskript vervielfältigt, Bonn 1969.

<sup>4)</sup> Die ökonomischen Konsequenzen der Abschlachtprämie wurden näher dargestellt bei: H. Rodemer und H. Dicke: Zur Milchmarktpolitik der EWG. In: Agrarwirtschaft, 17. Jg. (1968), S. 206 f.

von jedem kg Anlieferungsmilch in gleicher Höhe erhoben wird, kommt es zu (umfangreichen) Einkommensumverteilungen bei den milcherzeugenden Landwirten; denn die Absicht, auch die Molkereien, die keine oder nur relativ wenig Interventionsprodukte herstellen, über die Abgabe an der Finanzierung der Überschußvernichtung zu beteiligen, zielt der Tendenz nach auf eine Nivellierung des Auszahlungsniveaus<sup>5)</sup> hin.

□ Abhängig vom Umfang der eintretenden Einkommensumverteilung wird auch die künftige Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsstruktur von dieser Maßnahme beeinflusst. Dabei wird weniger die Betriebsgrößenstruktur als vielmehr die Standortstruktur der Rohmilchproduktion nachteilig berührt.

□ Schließlich sei noch auf den durch die Verwirklichung der geplanten Maßnahmen verursachten Verwaltungsaufwand hingewiesen, der jedoch im vertretbaren Rahmen bleiben dürfte.

#### Differentialrentenabschöpfung

Nach diesem System soll von jedem einzelnen milcherzeugenden Landwirt eine Abgabe nach

Maßgabe der von ihm an Molkereien gelieferten Rohmilchmengen erhoben werden. Mit den so gewonnenen Mitteln sollen dann einkommensstützende Maßnahmen zugunsten der einkommensschwachen Milcherzeuger eingeleitet werden. Dadurch würde also eine Einkommensumverteilung zulasten der „wirtschaftlich erfolgreichen“ und damit auch meist größeren landwirtschaftlichen Betriebe erfolgen.

Mit diesem Vorschlag wird die bisher praktizierte, sozialpolitisch wenig wirksame Preispolitik, die den einkommensschwachen Landwirten nur wenig helfen konnte, infrage gestellt, und die sozialen Probleme werden als die wichtigsten Probleme des Anpassungsprozesses der Landwirtschaft hervorgehoben. Gleichzeitig würden von einer solchen Aktion angebotsdrosselnde Impulse ausgehen. Die Verwirklichung dieser Konzeption würde jedoch auch eine Reihe von Schwierigkeiten und nachteiligen Nebenwirkungen mit sich bringen.

Die Bestimmung des Personenkreises, der als Empfänger der Einkommensübertragungen in-

<sup>5)</sup> Verglichen mit der Entwicklung, die bei einer entsprechenden Senkung der Interventionspreise einträte.

Die neuesten Informationen über die deutsche Versicherungswirtschaft

# Neumanns Jahrbuch

## DER DEUTSCHEN VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT 1970

Herausgegeben von Walter Föhrenbach  
 Bearbeitet von Dipl.-Vers.-Math. Georg Weicksel

### Teil I – Lebens- und Krankenversicherung

Geschäftsberichte 1967 und 1968 von 103 Lebens- und 50 Krankenversicherungsunternehmen, Gesamtstatistiken nach Unterlagen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen nach dem Stand 2. Quartal 1969, übrige Angaben im September 1969 abgeschlossen. Auszüge aus Bilanzen sowie aus Gewinn- und Verlustrechnungen in der bewährten Tabellenform.

240 Seiten, 19 x 22 cm, Ganzleinen, DM 48,50 einschl. Versandkosten und MWSt gem. VO PR 1/69 v. 18. 9. 1969, BGBl Nr. 101 v. 25. 9. 1969.

### Teil II – Schaden- und Rückversicherung

Tabellarisch aufgeführte Ergebnisse aus den Rechnungswerken aller größeren in der Bundesrepublik und Berlin (West) arbeitenden in- und ausländischen Sachversicherer für die Jahre 1967 und 1968. Angaben über die deutschen Rückversicherungsunternehmen werden im Frühjahr 1970 kostenfrei nachgeliefert.

Allgemeine Aufschlüsse über die aufgeführten Unternehmen nach dem Stand November 1969. Gesamtstatistiken nach Unterlagen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen nach dem Stand 3. Quartal 1969.

Hauptband 402 Seiten, Ergänzungsheft ca. 50 Seiten, Ganzleinen, DM 68,60 einschl. Versandkosten und MWSt gem. VO PR Nr. 1/69 v. 18. 9. 1969, BGBl Nr. 101 v. 25. 9. 1969.

„Neumanns Jahrbuch“ – das aktuelle Handbuch für den Praktiker

**VERLAG VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT e.V. 75 Karlsruhe 1**

Klosestraße 22, Telefon (07 21) 308 11 / 12

frage kommt, dürfte außerordentlich schwierig sein. Weder das Einkommen noch die Betriebsgröße (ausgedrückt in landwirtschaftlicher Nutzfläche) sind problemlose Bemessungsgrundlagen zur Verteilung der Mittel. Eine annähernd exakte Ermittlung der Einkommen der Landwirte ist auch dann nicht möglich, wenn ausführliche Buchführungsunterlagen vorhanden sind. Es bestünde also die Gefahr, daß – insbesondere in den südlichen Regionen der EWG – Mißbrauch mit dieser sozialen Einrichtung getrieben würde. Diese Probleme bestünden jedoch auch bei einer mit direkten Einkommenstransfers aus Steuermitteln verbundenen Interventionspreissenkung.

Eine wichtige Konsequenz einer derartigen Einkommensverteilung wäre, daß der Konzentrationsprozeß, d. h. der Wandel in der Betriebsgrößenstruktur, und somit auch das von ihm abhängige Einkommenswachstum der in der Landwirtschaft Beschäftigten gehemmt würde. Die Einkommensumverteilung würde nämlich die Vorteilhaftigkeit des Betriebsgrößenwachstums in dem Maße senken, wie (zusätzliche) Abgaben zu entrichten sind. Außerdem könnten wachstumswillige Betriebe aus Liquiditätsgründen an der Aufstockung ihrer Milchviehbestände gehindert werden. Allerdings würden von einer Senkung des Interventionspreises, d. h. einer offenen Erzeugerpreissenkung, die gleichen konzentrationsstörenden Wirkungen ausgehen.

#### Verschärfung der sozialen Probleme

Gegenüber der offenen Erzeugerpreissenkung ist jedoch das „Abschöpfen der Differentialrenten“ durch eine weitere strukturkonservierende Komponente gekennzeichnet. Ein Teil derjenigen Betriebe, die in den Genuß der verteilten Mittel kommen, würde (zumindest vorübergehend) davon abgehalten, aus der Landwirtschaft abzuwandern. Diese Gefahr bestünde auch dann, wenn die Verteilung der Mittel produktionsneutral erfolgen würde. Es könnten hierdurch den Landwirten, die sich sehr heftig gegen ein Ausscheiden aus diesem Wirtschaftszweig sträuben, diejenigen Einkommensansprüche erfüllt werden, die sie als Untergrenze für ihr Verbleiben in der Landwirtschaft betrachten. Längerfristig würde dies zumindest der Tendenz nach zu einer Verschärfung der sozialen Schwierigkeiten der Agrarbevölkerung führen.

Wesentlich schwerwiegender ist allerdings ein anderer Nachteil. Ebenso wie bei der bisherigen „Hochpreispolitik“ handelt es sich bei der „Umverteilung der Differentialrenten“ um eine – wenn auch gezieltere – Subventionierung der Landwirte über den Preis. Dies bedeutet aber, daß die „sozial schwächeren“ Bevölkerungsschichten (vor allem die kinderreichen Familien) zur Subventio-

nierung der Landwirtschaft in einem weit stärkeren Maße herangezogen würden, als dies bei einer Zahlung direkter Einkommenstransfers aus dem allgemeinen Steueraufkommen an die Landwirte der Fall wäre.

Gegenüber einer Senkung der Interventionspreise hat das „Abschöpfen der Differentialrenten“ ebenso wie die „Globalkontingentierung“ weiterhin den Nachteil, keine Senkung des Preisniveaus für Milcherzeugnisse zu bewirken, um auch von der Nachfrageseite her zur Verminderung der strukturellen Milchüberschüsse und Interventionsausgaben beizutragen.

#### Interventionsproduktenabgabe

Die Vertreter dieses Systems lehnen die „Globalkontingentierung“, die alle Milcherzeuger solidarisch zur Finanzierung der Überschubeseitigung heranziehen will, als ungerecht ab und empfehlen statt dessen, lediglich die Interventionsprodukte mit einer Abgabe zu belasten. Die Molkereien wären also die Abgabepflichtigen. Dies steht im Gegensatz zur „Globalkontingentierung“ und „Differentialrentenabschöpfung“, bei denen die an Molkereien gelieferten Rohmilchmengen Gegenstand und Bemessungsgrundlage der Abgabe und die Landwirte die Abgabepflichtigen sind<sup>6)</sup>.

Das erklärte Ziel dieser parafiskalischen Abgabe ist die Verminderung der Ausgaben für die Milchmarktpolitik der EWG. Die Einnahmen aus dieser Abgabe sollen zur Finanzierung der Überschubeseitigung beitragen. Die Erhebung einer solchen Abgabe auf die Interventionsprodukte Butter und Magermilchpulver läuft in praxi auf eine Senkung des Preisstützungsniveaus für Milcherzeugnisse hinaus.

Verglichen mit der „Globalkontingentierung“ und der „Abschöpfung der Differentialrenten“ hat die „Interventionsproduktenabgabe“ den Vorzug, auch von der Nachfrageseite her zu einer Verminderung der strukturellen Milchüberschüsse und der Interventionsausgaben beizutragen. In welchem Ausmaß das Preisniveau der einzelnen Milcherzeugnisse der Senkung des Preisstützungsniveaus folgt, hängt allerdings von den jeweiligen Marktbedingungen ab.

Die Absicht allerdings, auch die nicht an Interventionsstellen gelieferten Produkte Butter und Magermilchpulver mit der Abgabe zu belasten, bedeutet, daß ceteris paribus keine Veränderung der Verbraucherpreise für Butter und Magermilchpulver eintritt. Bei dem wichtigsten Überschubprodukt, der Butter, geht also von der Einführung dieses Systems keine verbrauchsstimulierende Wirkung aus. Der Beitrag, den die „Interventions-

<sup>6)</sup> Dies gilt auch dann, wenn die Molkereien als Hilfsfisci fungieren.

produktenabgabe“ zur Verminderung der strukturellen Milchüberschüsse und der Interventionsausgaben zu leisten vermag, ist deshalb wesentlich geringer als der einer direkten Interventionspreissenkung. Besser wäre es, lediglich die an Interventionsstellen gelieferten Produktmengen mit der Abgabe zu belasten.

Da die „Interventionsproduktenabgabe“ darauf gerichtet ist, die bisher betriebene Preisstützungspolitik vor dem (völligen) Zusammenbruch zu bewahren, führt sie wie jede preispolitische Maßnahme, die das Preisniveau für Milcherzeugnisse über dasjenige hebt, das sich ohne staatliche Eingriffe gebildet hätte, zu erheblichen „sozialen Ungerechtigkeiten“. Jede Form der Subventionierung der Agrarbevölkerung über den Preis bewirkt, daß die „sozial schwächeren“ Bevölkerungsschichten wesentlich stärker belastet werden, als es bei Zahlung direkter Einkommensübertragungen an die Landwirte aus dem allgemeinen Steueraufkommen der Fall wäre.

Während die „Globalkontingentierung“ und die „Differentialrentenabschöpfung“ die strukturkonservierenden Wirkungen der bisher betriebenen Preisstützungspolitik noch verstärken, werden durch die „Interventionsproduktenabgabe“, da sie das Preisstützungsniveau senkt, die nachteiligen Strukturwirkungen der bisherigen Preisstützungspolitik gemildert. Da jedoch die „Interventionsproduktenabgabe“ die Fortführung der bisherigen Interventionspolitik ermöglichen soll, hat auch sie als Teil der Preisstützungspolitik strukturkonservierende Wirkungen.

#### Wünschenswerter Tendenzumschwung

Abschließend läßt sich sagen, daß die zur Diskussion gestellten parafiskalischen Maßnahmen einen wünschenswerten Tendenzumschwung gegenüber der bisherigen „Hochpreispolitik“ darstellen und daß sie gleichzeitig den Kontingentierungssystemen eine Absage erteilen. Aller-

dings sind die parafiskalischen Maßnahmen gegenüber einer mit regional-, struktur- und sozialpolitischen Maßnahmen gekoppelten direkten Interventionspreissenkung durch eine Reihe von Nachteilen, insbesondere unerwünschten Nebenwirkungen, gekennzeichnet.

Allen drei zur Diskussion gestellten Maßnahmen ist die Wirkung gemeinsam, daß sie durch generelle Erzeugerpreissenkungen das Angebot dämpfen und damit die finanziellen Aufwendungen der Staatshaushalte bzw. des Garantiefonds der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vermindern. Im Gegensatz zur „Globalkontingentierung“ und zur „Differentialrentenabschöpfung“ hat die „Interventionsproduktenabgabe“ dabei den Vorzug, daß sie auch von der Nachfrageseite her zur Verminderung der strukturellen Milchüberschüsse und Interventionsausgaben beitragen könnte.

Als Instrumente zur Erhaltung der bisherigen Preisstützungspolitik haben die parafiskalischen Maßnahmen zumindest mittelbar strukturkonservierende Wirkungen, wobei das Ausmaß dieser Wirkungen bei den einzelnen Maßnahmen unterschiedlich groß ist. Während die „Interventionsproduktenabgabe“ die strukturhaltenden Wirkungen der bisherigen Preispolitik mildert, werden von der „Globalkontingentierung“ und der „Differentialrentenabschöpfung“ diese Wirkungen noch verstärkt.

Bei allen drei dargestellten parafiskalischen Abgabesystemen handelt es sich um eine Subventionierung der Agrarbevölkerung über den Preis. Diese Form einer Sozialpolitik zugunsten der Agrarbevölkerung schafft aber neue Ungerechtigkeiten. Denn die „sozial schwachen“ Bevölkerungskreise müßten zugunsten der Landwirte wesentlich größere Opfer bringen, als es bei der Zahlung direkter Einkommensübertragungen aus dem allgemeinen Steueraufkommen der Fall wäre.

## FULL COST AND OPTIMAL PRICE

### A Study in the Dynamics of Multiple Production

by Odd Langholm

In this book, industrial pricing decisions are analysed in a complex simulation model. The problem of optimal pricing is one on which established practice and traditional theory have long held opposing views. The simulation shows that when the theoretical model is extended to take better account of the complicated conditions affecting a modern, multiproduct firm, its modified conclusions as to optimal price are much better reconciled with the procedures adopted in practice. This may be the starting point for a more realistic discussion of industrial pricing.

1969, 87 pp, Bound, DM 18.60

UNIVERSITETSFORLAGET Box 307, Blindern, Oslo 3, Norway